

Der Südmährer

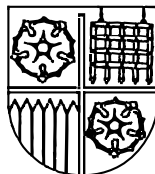
Zeitschrift für die Heimatkreise



Znam



Nikolsburg



Zlabings



Neubistritz

65. Jahrgang, Heft 6

Juni 2013

Internet: <http://www.suedmaehren.de>

oder

<http://www.suedmaehren.com>

e-mail: slr@suedmaehren.de

oder

slr@suedmaehren.com

Dachverband Österreich: <http://www.suedmaehren.at>

e-mail: dachverband@suedmaehren.at

Bild aus der Heimat: Mödlau im Kreis Nikolsburg



Bartholomäuskirche und Schule in Mödlau.

Nachruf auf Siegfried Ludwig

Siegfried Ludwig, Landeshauptmann von Niederösterreich von 1981 – 1992 ist am 16. April 2013 nach längerer Krankheit verstorben.

Siegfried Ludwig kam am 14. Februar 1926 in Wostitz/Südmähren zur Welt. Nach dem Studium trat Ludwig in den niederösterreichischen Landesdienst und machte eine Karriere, auf die seine Landsleute stolz sind.

Er hat hohe und höchste Auszeichnungen in seiner langen politischen Tätigkeit auf kommunaler, regionaler und Landesebene erhalten.

Er war hochgeachtet in Österreich und weit darüber hinaus.

Siegfried Ludwig hat sich stets als Südmährer bekannt, hat unzählige Male unsere Treffen besucht und zu uns gesprochen. Er wurde bereits 1981 mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen des Südmährischen Landschaftsrates ausgezeichnet.

Beim Kreuzbergtreffen im Juni 2011 in Kleinschweinbarth durfte ich ihm den Ehrenbrief der Heimatlandschaft Südmähren verleihen.

Namens des Südmährischen Landschaftsrates spreche ich seiner Gattin, allen seinen Kindern, Familienangehörigen und allen Verwandten und Freunden von Landeshauptmann Mag. Siegfried Ludwig meine und unsere tiefe Anteilnahme aus.

Siegfried Ludwig war Freund und unerschütterlicher Partner in der Vertretung südmährischer Interessen.

Wir wollen ihm stets ein ehrendes Angedenken bewahren und ihn nie vergessen.

Franz Longin, Sprecher der Südmährer



27. und 28. Juli 2013

65. Bundestreffen der Südmährer 60 Jahre Patenschaft Südmähren/Geislingen in unserer Patenstadt Geislingen

Anlässlich des Doppeljubiläums findet vom 12. – 29. Juli im Geislinger Heimatmuseum im „Alten Bau“ eine Ausstellung statt. Gezeigt wird eine Zeitreportage anhand von Bildern, die die Verbundenheit der Stadt Geislingen mit den Südmähren seit über sechs Jahrzehnten dokumentiert. Der südmährische Maler Klaus Kugler stellt seine Werke aus.

Machen Sie sich und anderen eine Freude und kommen Sie zum Treffen in die Fünftälertadt.

Kondolenzbrief an Frau Herlinde Ludwig und die Trauerfamilien

Sehr geehrte Frau Ludwig, sehr geehrte Mitglieder der Trauerfamilien, der menschlich und politisch erfolgreichste und zugleich bescheidene Südmährer

Mag. Siegfried Ludwig

ist von uns gegangen.

Ich spreche Ihnen im Namen des Südmährischen Landschaftsrates und zusammen mit allen Südmährerinnen und Südmählern in Deutschland und darüber hinaus eine herzliche Anteilnahme aus.

Ihre Traurigkeit ist auch unsere, Ihre Verlassenheit ist auch unsere. Ich möchte für die Südmährer erklären, dass unser Siegfried Ludwig Hervorragendes geleistet hat für Niederösterreich und auch für die Südmährer, zu denen er sich immer bekannt hat.

Siegfried Ludwig wird in unseren Reihen und in unseren Gedanken immer einen hervorragenden Platz haben und behalten. Er hat sich um Südmähren verdient gemacht. Wir wollen ihm dafür ein herzliches Vergelt's Gott nachrufen.

Ihnen, verehrte Frau Ludwig und den Mitgliedern aller Trauerfamilien wünschen wir, dass Sie Trost finden, in Dem, der uns alle stärkt und dass Ihnen die Kraft zuwachsen möge, diesen schweren Verlust zu tragen.

Als Zeichen besonderer Sympathie erlauben wir uns einen Kranz am Grab niederzulegen.

In der Erinnerung an Siegfried Ludwig grüßen wir Sie alle

Franz Longin, Sprecher der Südmährer

Gedenkrede zum 4. März 1919 – Stuttgart, 3. März 2013 (Fortsetzung)

Im Dezember 1918 werden von den Tschechen die deutschen Gemeindevertretungen aufgelöst, die Pressezensur eingeführt und der „ausländische und adelige Besitz“ enteignet.

Im verbliebenen Österreich wird unterdessen eine neue Nationalversammlung gewählt, die bis zur endgültigen Klärung der staatsrechtlichen Verhältnisse den sudetendeutschen Vertretern 24 Sitze zur Verfügung stellt. Die Wahl der sudetendeut-

schen Vertreter wird von den Tschechen mit Gewalt ebenso verhindert wie die Fahrt und Teilnahme an der konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung am 4. März 1919 in Wien.

Aus Protest gegen dieses Verhalten der tschechischen Behörden rufen alle deutschen Parteien und die Gewerkschaften in den sudetendeutschen Gebieten zu Protestkundgebungen und zum allgemeinen Generalstreik am 4. März auf. In einer Viel-

Inhaltsverzeichnis

Znaimer Nachrichten	407
Nikolsburger Wochenschrift	437
Zlabinger Ländchen	460
Neubistritzer Zeitung	467
Nachrichten aus Österreich	477
Allgemeine Mitteilungen	478

zahl von Städten und Gemeinden kommt es zu Großkundgebungen, die friedlich und ruhig verlaufen. In einigen Städten eröffnet aber tschechisches Militär ohne ersichtlichen Grund das Feuer auf die friedlichen Demonstranten, 54 Menschen sterben, viele werden verwundet, 112 davon schwer. Unter den Toten sind 20 Frauen und Mädchen, 16 Personen zwischen 11 und 19 Jahren, das älteste Opfer war 80 Jahre alt.

Unabhängig vom 4. März gab es von 1918 bis 1922 bei Auseinandersetzungen mit Tschechen weitere 53 Tote.

Die Kundgebungen des 4. März sollten Protest gegen die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen und Mahnruf an die Öffentlichkeit sein. Nicht zuletzt durch das gewaltsame Vorgehen von Militär und Polizei gegen friedliche Demonstranten gab es entsprechende Wahrnehmung im In- und Ausland. Aber auf die noch laufenden Friedensverhandlungen hatte auch diese Tragödie keine erkennbaren Auswirkungen.

Vielmehr wurden in den Friedensverträgen von Versailles (28. 6. 1919) und St. Germain (10. 9. 1919) die sudetendeutschen Gebiete der neuen tschechoslowakischen Republik zugewiesen. Und obwohl sich die Tschechen immer auf die alten dynastischen Grenzen beriefen, verlangten und bekamen sie aus „strategischen Gründen“ einige Gebietsstreifen mit einer Reihe von Gemeinden, die außerhalb des alten Böhmen und Mähren auf nieder- und oberösterreichischem Gebiet lagen, zugeschlagen. Zwar wurde zusammen mit dem Vertrag von St. Germain ein Minderheitenschutzvertrag abgeschlossen, der die Rechte vornehmlich einzelner Mitglieder der Minderheiten sichern sollte, der aber in der praktischen Politik der CSR ebenso wenig eine Rolle spielte wie die im Vorfeld der Friedenskonferenzen von Benesch gemachten Aussagen, die CSR werde wie eine zweite Schweiz organisiert.

Die Verfassung des neuen Staates wurde am 19. Februar 1920 von einer „revolutionären“ tschechoslowakischen Nationalversammlung verabschiedet, die keine demokratische Legitimation hatte, der kein einziger Deutscher, Ruthene oder Pole und

neben den Tschechen nur wenige besonders ausgewählte Slowaken angehörten. Entsprechend ist in der Verfassung nur von der fiktiven „tschechoslowakischen Nation“ die Rede, die tatsächlich im Lande lebenden Nationalitäten sind mit keinem Wort erwähnt.

Interessant ist auch die Doppelzüngigkeit der tschechischen Politik dieser Jahre, wie sie in der Unabhängigkeitserklärung der provisorischen Regierung des tschechoslowakischen Staates vom 18. Oktober 1918 zum Ausdruck kommt. Dort wird die Unabhängigkeitserklärung damit begründet, „dass kein Volk gezwungen werden kann, unter einer Oberhoheit zu leben, die von ihm nicht anerkannt wird . . .“. Genau das Hineinpressen der Deutschen und Ungarn in ein von ihnen nicht gewolltes Staatswesen war aber mit der Gründung der neuen tschechoslowakischen Republik in der von den Tschechen betriebenen Form verbunden. Dies hat dann auch der letzte Landeshauptmann von Deutschböhmen und erster Sprecher der Sudetendeutschen nach der Vertreibung in seiner Abschiedsrede in der Nationalversammlung in Wien am 24. 9. 1919 zum Ausdruck gebracht: „Das deutsche Volk erhebt gegen diese Vergewaltigung seines Selbstbestimmungsrechtes nochmals vor der gesamten zivilisierten Welt Einspruch, wird für sein Recht zu kämpfen nicht erlahmen und auf den Sieg seiner Ideen zu hoffen niemals aufhören.“

Und im tschechoslowakischen Parlament protestierten sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat die Vertreter aller deutschen Parteien Anfang Juni 1920 mit einer „staatsrechtlichen Erklärung“ nachdrücklich gegen ihre Eingliederung in den tschechoslowakischen Staat und erklärten, von ihrem Selbstbestimmungsrecht auf Anschluss an das Deutsche Reich nicht ablassen zu werden.

Heute weiß man, dass bei den sogenannten Friedensverhandlungen der Jahre 1919 und 1920 in den verschiedenen Pariser Vororten alte Rivalitäten, Machtfragen, Revanchegeleüste und Konkurrenzprobleme verschiedenster Provenienz eine größere Rolle gespielt haben als das Selbstbestimmungsrecht oder die 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Wilson oder gar politische Weitsicht. Es hat daher schon damals eine Reihe von Stimmen gegeben,

die vor den dann doch getroffenen Regelungen gewarnt haben und vorausgesagt haben, dass sich neue Konflikte aus den so getroffenen Regelungen ergeben werden. Diese Meinungen konnten sich ebenso wenig durchsetzen wie viele sachliche Argumente. Es zeigt sich eben immer wieder, dass Ideologien und einseitig vorgefasste Meinungen schlechte Ratgeber für gute Politik sind. Und so waren dann nach den diktierten Friedensverträgen auch deren (ideologisch) umgesetzten praktischen Maßnahmen der dahinter stehenden Geisteshaltung angepasst. Für die tschechische Politik bedeutete dies: Behinderung der Minderheiten, Entnationalisierung, Ausgrenzung und Benachteiligung. Es gibt eine Fülle von Zitatstellen der führenden Köpfe der tschechischen Politik, die das auch unverblümt zum Ausdruck brachten. Daran änderte sich nichts auch dann, als einige der deutschen Parteien zu einer Zusammenarbeit in der tschechischen Regierung bereit waren. Und da die Tschechen selbst den Slowaken die 1918 versprochene Autonomie praktisch vorenthielten, stieg auch dort zunehmend der Wunsch nach Selbstständigkeit.

Die Tschechen hätten es in der Hand gehabt, mit einer föderalen Organisation des Staates, einer großzügigen Autonomie für die Minderheiten und einer liberalen Staatsführung ein auch wirtschaftlich und kulturell florierendes, stabiles Staatswesen aufzubauen. Damit wäre nicht nur Adolf Hitler der Vorwand zur Intervention entzogen gewesen, auch die alliierten Sieger des ersten Weltkrieges hätten nicht Benesch zu Gebietsabtretungen der deutschen Gebiete drängen müssen (weil sie erkennen mussten, dass in St. Germain und Versailles bestimmte Grundsätze zivilisatorischer Ordnungen missachtet worden sind), wie sie dann in München ratifiziert worden sind. Leider hat den handelnden Politikern der damaligen Zeit die politische und menschliche Größe für solches Handeln gefehlt und der von vielen vorhergesagte Weg in die Katastrophe ging seinen Weg, mit der Folge unendlichen Leides für Tschechen und Deutsche. Kann uns das Gedenken an den 4. März 1919 Lehren für die Zukunft geben? Ich meine: Ja! Da ist der Gedanke der Selbstbestimmung. Er ist heute in vieler Hinsicht viel gefestigter und selbstver-

ständlicher, in der Politik, wie im Allgemeinen gesellschaftlichen Leben, als vor mehr als 90 Jahren. Das heißt auch, dass Vertreibungen weitgehend geächtet sind, wenn sie auch immer wieder noch vorkommen, obwohl oder trotz der Tatsache, dass sie als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verfolgt werden können.

Der zweite Gedanke ist, dass Lösungen nur im weitgehenden Einverständnis aller Beteiligten und im Dialog mit diesen tragfähig sind. Das heißt auch, dass einmal gefundene Lösungen einvernehmlich revidiert werden können und müssen, wenn erkennbar wird, dass sie sich in der praktischen Umsetzung nicht bewährt haben.

Und schließlich: der partnerschaftliche Umgang erfordert Toleranz, Sachverstand, Verständnis für den oder die Partner, Flexibilität und Geduld.

Und weil den Sudetendeutschen immer wieder vorgeworfen wird, sie seien die Kolonne Hitlers gewesen: Der 4. März macht deutlich, dass der Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht 1919 zu einer Zeit erfolgte, als Hitler noch ein unbekannter Gefreiter und in der Politik ein unbeschriebenes Blatt war. Und auch der Anschluss Österreichs und die Unabhängigkeit des Sudetenlandes sind Gedanken, die nicht Hitler erfunden hat, sondern für die sich schon im Jahre 1919, zum Teil sogar in Volksabstimmungen (Tirol und Salzburg), die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in Österreich und im Sudetenland, aber auch das deutsche Parlament ausgesprochen hat. Der bereits in einem Geheimpapier vorgesehene Zusammenschluss Österreichs und Deutschlands wäre schon 1919 oder 1920 erfolgt, wenn nicht die Alliierten unter Führung Frankreichs dieses unter Androhung von massiven Sanktionen verboten hätten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der nachfolgenden Vertreibung haben die Sudetendeutschen an ihrem Selbstbestimmungsrecht und dem Recht auf die Heimat festgehalten. Es war praktisch die Fortsetzung der 1918/1919 vertretenen Positionen, angepasst an die durch die Vertreibung veränderte Lage. Aber durch die Erfahrungen des Leides aus Krieg und Vertreibung hatten die Menschenrechte generell einen anderen Stellenwert bekommen. Es war schon ein kleines Wunder, dass schon 1950

mit dem zwischen der Vertretung der Sudetendeutschen und dem Tschechischen Nationalausschuss in London das sog. Wiesbadener Abkommen abgeschlossen worden ist, in dem sich die beiden Seiten für eine freiheitlich-demokratische Ordnung im böhmisch-mährisch-schlesischen Raum aussprechen, eine Kollektivschuldzuweisung ablehnen und die Verurteilung der von beiden Seiten begangenen Verbrechen und die Wiedergutmachung der jeweils zugefügten Schäden aussprechen.

Die hier gelegten Grundsteine einer Politik der Verständigung im Sinne einer Partnerschaft freier Völker in einem freien und demokratischen Europa auf der Basis von Recht, Gerechtigkeit und historischer Wahrheit ist bis heute das Fundament der Arbeit der Sudetendeutschen.

Die Möglichkeiten, diese Grundprinzipien durch Kontakte über die Grenze zu erproben und weiterzuentwickeln waren in der Zeit des Eisernen Vorhanges leider sehr begrenzt. Erst der Fall dieser Barriere brachte neue Möglichkeiten der Kontakte, die vor allem auf der unteren Ebene – den Heimatgemeinden – in erfreulichem Maße genutzt wurden, wobei die offizielle tschechische Regierungsebene jeden Kontakt mit sudetendeutschen Organisationen strikt ablehnte. Die zunehmenden Kontakte auf den unteren Ebenen und das Heranwachsen der jüngeren Generationen, lockerten allmählich das Klima zwischen Tschechen und Deutschen merkbar auf.

Die beiden Kurzbesuche des Bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer in Prag 2010 und 2011, an denen jeweils auch Vertreter der Sudetendeutschen beteiligt waren, mit Besuchen in Lidice und Theresienstadt, aber auch an der Brücke von Aussig, zeigten vorsichtige Öffnungsercheinungen auch auf der oberen Ebene. Noch deutlicher waren die Klimaveränderungen erkennbar, als im Präsidentschaftswahlkampf plötzlich die Vertreibung der Sudetendeutschen und die Beneschdekrete zum Wahlkampfthema wurden und der Kandidat Fürst Schwarzenberg trotz seiner klar kritischen Aussagen zu diesen Thema immerhin 46 % der Stimmen erhielt. Und schließlich erfuhr diese Entwicklung beim Staatsbesuch des Tschechischen Premierminister Necas in München bei Ministerpräsident Seehofer und im Bayerischen Landtag eine weitere

Aufwertung. In seiner Rede vor dem Landtag, bei der er die anwesenden Repräsentanten der Sudetendeutschen Volksgruppe als „werte Landsleute und ehemalige Mitbürger“ begrüßte, sprach er sich nach einer ausführlichen Darstellung der Geschichte und der gemeinsamen Identität für ein neues Zusammenleben und zur sachlichen Diskussion über die Vergangenheit und ihre Interpretation aus. Wörtlich sagte er dann: „Wenn wir diese Prüfung erfolgreich bewältigen wollen, sollten wir aufrichtig sein. Wir bedauern, dass durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei, die Enteignung und Ausbürgerung unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde, und dies auch angesichts des kollektiven Charakters der Schuldzuweisung. Wir sind uns übrigens des wesentlichen Beitrags der deutschsprachigen Bevölkerung in den böhmischen Ländern zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung dieses Raumes während der ganzen Geschichte bewusst. Es ist aber zweifelsohne klar, dass wir nicht in die Zeit vor 80 Jahren zurückkehren können. Wir müssen eingestehen, dass wir nur sehr wenig von den Fehlern der Geschichte wiedergutmachen können. Die Suche nach einer gemeinsamen Geschichtsinterpretation gewährt moralische Genugtuung, die Eigentumsverhältnisse der Vorkriegszeit können jedoch nicht wieder hergestellt werden“.

Das sind offene und mutige Worte, wenn man die innenpolitische Situation und die wenig stabilen Mehrheitsverhältnisse im tschechischen Parlament berücksichtigt. Sie sind auch kein Anlass zu Euphorie. Aber sie können auch als ein Signal für eine offene Gesprächsbereitschaft gewertet werden, die zur Aufarbeitung der offenen Probleme führen kann. Eine solche Chance für einen vorurteilslosen Dialog mit der Chance einer ehrlichen Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte und einer echten Verständigung, sollte nicht ungenutzt verstreichen – war sie ja in all den zurückliegenden Jahren das Ziel unserer Arbeit. Und dies wäre sicher auch im Sinne der Toten des 4. März 1919, die für ihre Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht mit dem Leben bezahlen mussten.

Reinfried Vogler 3. 3. 2013



Hellmut Bornemann

**Kunst und Geschichte –
die Südmährische Galerie**

Museum der Stadt Retz

Das Kunstbuch hat 64 Seiten mit 22 Kunst-
druck Farbbildern. ISBN 978-86520-454-7

Preis: 5,00 € zuzüglich Versandkosten,
Bestellung an:

Südmährischen Landschaftsrat
Postfach 1437
73304 Geislingen
Tel. 07331-43893
Mail: slr@suedmaehren.de

Museen dienen der Erinnerung und Bewahrung eines über Jahrhunderte entstandenen Kulturerbes. Die Südmährische Galerie entstand aus einer über viele Jahre aufgebauten Sammlung von Werken, die einen direkten Bezug zu Südmähren haben, sei es über Künstler, die aus der Region stammen oder ihre Motive dort gefunden haben. Über die Zusammenführung von Kunst und der tausendjährigen deutschen Geschichte Südmährens will die Südmährische Galerie eine bleibende Erinnerung bewahren. In diesen Werken lebt die bäuerliche Prägung dieses Teiles der einstigen Markgrafschaft Mähren, die Bedeutung des deutschen Stadtrechtes für die Bewohner der Städte und das Bewusstsein des bürgerlichen Behauptungswillens. Von der engen Verbundenheit mit der Landschaft und den kulturellen Leistungen seiner Bewohner soll die Galerie auch in Zukunft Zeugnis ablegen.

Kunstwerke erzählen Geschichte, Es sind nicht nur die historischen Bauwerke, die eine Verbindung zur Geschichte einer Stadt oder eines Siedlungsgebietes herstellen können. In dem großartigen Stadtrechtbuch der Stadt Znaim aus dem Jahre 1523 beeindruckt nicht nur die intensive Auseinandersetzung mit den Rechtsgewohnheiten jener Tage, sondern auch die künstlerische Auseinandersetzung bei der Gestaltung der Initialen, und Miniaturen. Mit der Zusammenführung von Kunst und Geschichte gelingt es, der tausendjährigen deutschen Siedlungsgeschichte Südmährens gerecht zu werden.

Die nächste Auslieferung des Heimatbriefes erfolgt am 28. 6. 2013

DER SÜDMÄHRER, die Vereinsmitteilung des Südmährischen Landschaftsrates und des Südmährerbundes e. V., erscheint monatlich. Im Mitgliedsbeitrag von jährlich € 30,- ist DER SÜDMÄHRER enthalten.

Herausgeber: Südmährischer Landschaftsrat i. d. SL. D-73304 Geislingen/Steige, Postfach 1437, Tel. 0 73 31 / 4 38 93, Telefax 073 31/4 09 33. Bankverbindungen: Kreissparkasse Göppingen (BLZ: 610 500 00) Kto.-Nr. 6017750, Postbank Stuttgart. (BLZ 600 100 70) Kto.-Nr. 15 81-708. Konto für Österreich: Bank Austria Kto.-Nr. 00 212 034 300, BLZ 12000. Kürzungen und Korrekturen eingesandter Manuskripte vorbehalten. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Einem Teil der Auflage sind Anlagen beigelegt.

Herstellung: C. Maurer Druck und Verlag, 73312 Geislingen (Steige).